

Antrag Nr. 19-F-08-0061

L&P

Betreff:

Umsetzung des Erlasses des Hessischen Innenministeriums zu einem Demonstrationsverbot für "Mahnwachen" von Abtreibungsgegner*innen vor Beratungsstellen wie Pro Familia und Arztpraxen zum Schutz der Rat suchenden Frauen und Mädchen, insbesondere Schwangeren, in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 28.08.2019 -

Antragstext:

Laut Presseberichten hat das Hessische Innenministerium in der letzten Woche einen Erlass an die Regierungspräsidien übermittelt, der es den Kommunen ermöglichen soll, Schwangeren, die eine Beratungsstelle oder eine Arztpraxis aufsuchen wollen, zu diesem ungehinderten Zugang zu gewähren. In verschiedenen Städten - auch in Wiesbaden - konfrontierten Abtreibungsgegner*innen Frauen, die die Beratungsstellen von Pro Familia aufsuchten, mit Plakaten, Gesängen und Gebeten und drangsalierten die Frauen zusätzlich. Genauso störten Abtreibungsgegner*innen die Beisetzungen im Sternengarten-Wiesbaden auf dem Südfriedhof.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge prüfen und berichten, wie der Erlass des Hessischen Innenministeriums zu einem Demonstrationsverbot von Abtreibungsgegner*innen vor Arztpraxen, der Beratungsstelle von Pro Familia und dem Sternengarten-Wiesbaden umgesetzt werden kann.

Der Magistrat wird gebeten, ein entsprechendes Konzept im Ausschuss vorzustellen.

Wiesbaden, 28.08.2019

gez. Mechthilde Coigné
Stadtverordnete

f.d.R. Evelyn Zell
Fraktionsassistentin